

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 56/0340/WP18
Federführende Dienststelle: FB 56 - Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 15.11.2023
		Verfasser/in: FB 56/100
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 28.09.2023 – öffentlicher Teil		
Ziele: Klimarelevanz keine		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
07.12.2023	Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 28.09.2023 – öffentlicher Teil.

Prof. Dr. Sicking
(Beigeordneter)

Erläuterungen:

Keine.

Die Oberbürgermeisterin



N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie

15. November 2023

Sitzungstermin:	Donnerstag, 28.09.2023
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:03 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Ratsherr Hans Leo Deumens	als Vorsitzender
Ratsfrau Relindis Becker	als Vertreterin für Bürgermeisterin Hilde Scheidt
Ratsfrau Uschi Brammertz	
Ratsfrau Franca Braun	
Herr Philip Cierniak	als Vertreter für Herrn Frank Hansen
Ratsfrau Andrea Derichs	als Vertreterin für Herrn Bürgermeister Holger Brantin
Ratsherr Birdal Dolan	
Frau Anne Eickholt	
Frau Jutta Henning	

ASID/16/WP18

Ausdruck vom: 15.11.2023

Seite: 1/18

Frau Heike Keßler-Wiertz

Ratsfrau Nathalie Koentges

Ratsfrau Dr. Julia Oidtmann

Herr Dr. Michael Paulzen

als Vertreter für Frau Dr. Catharina Jacobskötter, bis
18:53 Uhr

Herr Tim Pilz

Frau Caline Strack

Ratsherr Dirk Szagunn

Ratsherr Peter Tillmanns

Frau Nadine van der Meulen

Frau Anahid Younessi

Herr Dirk Zirbes

Abwesende:

Herr Bürgermeister Holger Brantin

entschuldigt

Herr Frank Hansen

entschuldigt

Frau Dr. Catharina Jakobskötter

entschuldigt

Frau Bürgermeisterin Hilde Scheidt

entschuldigt

Herr Michael Wedepohl

unentschuldigt

als gem. § 58 Abs. 3 S. 6 GO NW hinzugezogener Bürger:

Herr Schweden

AG Behindertenhilfe

als Gäste:

Herr Dr. Pavlovic

Rainbow e. V.

Herr Sommer

Rainbow e. V.

von der Verwaltung:

Herr Thomas	Beigeordneter - als Vertreter für Herrn Prof. Dr. Sicking
Herr Tönnies	Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration
Frau Lauscher	Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung
Herr Rahn-Bergner	Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration

als Schriftführerin:

Frau Daemen

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
Vorlage: FB 56/0312/WP18

- 2 **Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 27.04.2023 und vom 15.06.2023 – jeweils öffentlicher Teil**
Vorlage: FB 56/0313/WP18

- 3 **Sachstandsbericht zum Kaiserplatz sowie Vorstellung der neuen Koordinatorin Kaiserplatz/Östliche Innenstadt**
Vorlage: FB 56/0316/WP18

- 4 **Barrierefreiheit im Straßenraum: Überarbeitung der Standards - Ergänzungsvorlage**
Vorlage: FB 61/0738/WP18

- 5 **Ratsantrag 314/18 der Fraktionen Grüne und SPD vom 24.01.2023 – Queeres Leben in Aachen stärken**
Vorlage: FB 56/0310/WP18

- 6 **Stärkungspakt NRW, auch Ratsantrag 312/18 – Bedürftige Familien stärken: Zuschussfonds für soziale Träger – der CDU-Fraktion und Ratsantrag 353/18 – Finanzielle Unterstützung des Projektes Querbeet der Grünen-Fraktion und der SPD-Fraktion**
Vorlage: FB 45/0413/WP18

- 7 **Erweiterung des Kreises der Aachen-Pass-Berechtigten**
Ratsantrag Nr. 332/18 der Fraktion Die Linke. „Kreis der Aachen-Pass-Empfänger*innen erweitern“
Vorlage: FB 56/0315/WP18
- 8 **Aktuelle Situation**
a) bei den Leistungsempfänger*innen der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie den Leistungsempfänger*innen nach dem AsylbLG
b) in den Übergangsheimen
c) bezüglich der Herkunft der Flüchtlinge/Nationenstatistik
Vorlage: FB 56/0311/WP18
- 9 **Mitteilungen der Verwaltung**
- 10 **Ratsantrag 382/18 der Fraktionen Grüne, CDU, SPD, Die Zukunft, Die Linke und FDP vom 20.09.2023 – Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zur Umsetzung des Projektes „SW21“**
Vorlage: FB 56/0321/WP18

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 27.04.2023 und vom 15.06.2023– jeweils nichtöffentlicher Teil:
Vorlage: FB 56/0314/WP18**

- 2 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Vorlage: FB 56/0312/WP18

Der Vorsitzende, Herr Deumens, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder, die Gäste und die anwesenden Vertreter*innen der Verwaltung.

Danach ruft der Vorsitzende den Punkt „Hinzuziehung des Herrn Arnold Schweden gem. § 58 Abs. III Satz 6 Gemeindeordnung“ auf. Hierzu erklärt Herr Deumens, dass sich nach Durchsicht der Tagesordnung aus seiner Sicht die Notwendigkeit der Hinzuziehung der Expertise von Herrn Schweden als Vertreter der AG Behindertenhilfe ergebe. Das trifft auf Zustimmung.

Entsprechend beschließen die Ausschussmitglieder im Anschluss einstimmig, Herrn Arnold Schweden als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe für die heutige Sitzung gemäß § 58 Gemeindeordnung hinzuzuziehen.

Herr Deumens informiert darüber, dass die Verwaltungsvorlage Nr. FB 61/0738/WP18 „Barrierefreiheit im Straßenraum: Überarbeitung der Standards - Ergänzungsvorlage“ zu Tagesordnungspunkt vier verwaltungsseitig zurückgezogen worden ist.

Des Weiteren weist er auf die ausgelegte Tischvorlage „Ratsantrag 382/18 der Fraktionen Grüne, CDU, SPD, Die Zukunft, die Linke und FDP vom 20.09.203 - Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zur Umsetzung des Projektes SW 21“ hin. Diese Tischvorlage wird als TOP 10 beraten.

Weitere Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

zu 2 Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 27.04.2023 und vom 15.06.2023 – jeweils öffentlicher Teil

Vorlage: FB 56/0313/WP18

Aus der Mitte des Ausschusses gibt es keine Anmerkungen zu den beiden Niederschriften.

Herr Deumens lässt über die Genehmigung der beiden Niederschriften abstimmen.

Die Niederschrift der Sitzung vom 27. April 2023 wird mit drei Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit einstimmig genehmigt.

Die Niederschrift der Sitzung vom 15. Juni 2023 wird mit vier Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit einstimmig genehmigt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 27.04.2023 – öffentlicher Teil.

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 15.06.2023 – öffentlicher Teil.

zu 3 Sachstandsbericht zum Kaiserplatz sowie Vorstellung der neuen Koordinatorin Kaiserplatz/Östliche Innenstadt

Vorlage: FB 56/0316/WP18

Frau Lauscher vom Fachbereich „Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung“, die Koordinatorin für den Bereich Kaiserplatz/östliche Innenstadt, stellt sich und die Schwerpunkte ihrer Arbeit vor.

Dabei spricht Frau Lauscher insbesondere die räumliche Abgrenzung ihres Zuständigkeitsgebiets, erste Schritte der Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf die verschiedenen Akteur*innen (Anwohner*innen, Handel- und Gewerbetreibende, Immobilieneigentümer*innen usw.), bestehende Herausforderungen wie z. B. die Auswirkungen der Sucht- und Wohnungslosenszene auf das Quartier, öffentlichen Drogenkonsum, den

ASID/16/WP18

Ausdruck vom: 15.11.2023

Seite: 8/18

Aufenthalt von Menschen in Hauseingängen, wilden Müll, wilde Urinale, die Lade- und Liefersituation, den Aufbau des Netzwerks „Kaiserplatz“, die Kommunikation und zwei Treffen mit den Netzwerkmitgliedern sowie neue Veranstaltungsformate (z. B. „ansprechbar“) an.

Außerdem beschreibt Frau Lauscher den aktuellen Stand des fachlichen Austausches mit der Kommunalpolitik, den Akteur*innen der freien Wohlfahrtspflege, den Wohnungslosenhilfsorganisationen, dem städtischen Ordnungs- und Sicherheitsdienst und dem Polizeipräsidium.

Am Ende ihres Vortrags gibt Frau Lauscher einen Ausblick auf ihre künftige Agenda. Dazu gehören beispielsweise die Aufwertung der Stadteingangs-Situation am Kaiserplatz, der Abbau von Belastungen im öffentlichen Raum bzw. für Anwohner*innen, die Schaffung sicherer Wegeverbindungen für vulnerable Gruppen (z. B. Schüler*innen) sowie die Verbesserung der Situation rund um den Kaiserplatz durch mehr interkulturelle Vielfalt.

In der sich anschließenden Fragerunde beantwortet Frau Lauscher Fragen von Frau Braun, Frau Dr. Oidtmann, Frau van der Meulen und weiteren Ausschussmitgliedern. Angesprochen werden Themen wie die polizeilichen Videoüberwachungseinrichtungen vor Ort, die Möglichkeit zur Zusammenarbeit von Polizei, Ordnungs- und Sicherheitsdienst (OSD) mit Sozialarbeiter*innen/Streetworker*innen, die Frage der Frequenz von Vor-Ort-Kontrollen der gemeinsamen Anlaufstelle von Polizei und städtischem Ordnungs- und Sicherheitsdienst (OSD) sowie ein mögliches Schutzkonzept für obdachlose Menschen bei Extremwetterereignissen.

Verschiedene Ausschussmitglieder danken Frau Lauscher im Verlauf ihrer Wortbeiträge für ihre Arbeit und wünschen ihr viel Erfolg.

Einstimmig wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 4 Barrierefreiheit im Straßenraum: Überarbeitung der Standards - Ergänzungsvorlage
Vorlage: FB 61/0738/WP18

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Verwaltung zurückgezogen. Siehe oben, Niederschrift zu TOP 1.

zu 5 Ratsantrag 314/18 der Fraktionen Grüne und SPD vom 24.01.2023 – Queeres Leben in Aachen stärken
Vorlage: FB 56/0310/WP18

Herr Dr. Pavlovic, Rainbow e. V., referiert anhand einer Powerpoint-Präsentation zum Thema „Queeres Leben in der Region Aachen - Aufgaben und Ziele“. Die Präsentation findet sich in der Anlage dieser Niederschrift. Angesprochen werden z. B. die Frage, wer die queere Community ist, statistische Daten zur Community, wichtige Meilensteine der Entwicklung der Community in der Region Aachen, die Vorstellung verschiedener Gruppen (wie SchLau, das Queer-Referat, Rainbow, Shalk, trans*unity, Aidshilfe und Knutschfleck), aktuelle Projekte wie die Zeitschrift „Diva“, die Aktion „queerfriendly places“, Angebote zur psychosozialen Beratung, Kooperationen mit IHK und Bistum sowie weitere kurz-, mittel- und langfristige Aufgaben und Ziele.

Am Ende der Ausführungen danken der Vorsitzende und Mitglieder der verschiedenen Fraktionen für die wertvolle Arbeit der verschiedenen queeren Vereine, Gruppen und Verbände.

Danach werden Fragen aus dem Kreis der Ausschussmitglieder gestellt und beantwortet.

Angesprochen werden etwa Themen wie die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts zur Stärkung der Akzeptanz von Belangen queerer Menschen in der Stadtgesellschaft und zur finanziellen Unterstützung queerer Organisationen seitens der Verwaltung, die bisherige Zurückhaltung der StädteRegion Aachen bei der finanziellen Unterstützung queerer Organisationen in und um Aachen, statistische Zahlen zur Sichtbarkeit queeren Lebens in Aachen und zum Anforderungskatalog, den „queerfriendly places“ erfüllen müssen.

Zur Frage der Konzepterstellung seitens der Verwaltung berichtet Herr Tönnies, dass der Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration bereits im Frühjahr erste Gespräche geführt habe und nun eine weitere

ASID/16/WP18

Ausdruck vom: 15.11.2023

Seite: 10/18

Gesprächsrunde anstehe. Herr Tönnies hebt hervor, dass es sich um ein Querschnittsthema handele, das in der Gesamtverwaltung einen hohen Abstimmungsbedarf und die Erschließung zusätzlicher Ressourcen z. B. an zusätzlicher Arbeitskraft in der Verwaltung erfordere. Insofern sei zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar, wann die Verwaltung das von der Politik gewünschte Konzept vorlegen könne.

Herr Tillmanns erinnert an die geltende Beschlusslage des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 19. Januar 2023 zur Frage der finanziellen Förderung queerer Organisationen seitens der Stadt Aachen. Damals sei mehrheitlich beschlossen worden, dass eine finanzielle Förderung ausschließlich auf entsprechenden Antrag einer queeren Organisation hin und nach a) vorheriger Vorstellung der Organisation im Ausschuss und b) einem Einzelbeschluss des Ausschusses über die jeweilige Mittelvergabe erfolgen solle. Ebenso sei die Verwaltung mit der Entwicklung von Kriterien beauftragt worden, welche sachlichen Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit ein*e Antragsteller*in als förderwürdig gelten könne. Im Ergebnis kritisiert Herr Tillmanns die grün-rote Koalition dafür, dass sie sich gegenüber der Verwaltung bis heute nicht mit Nachdruck dafür eingesetzt habe, dass die am 19. Januar 2023 verabschiedeten Beschlüsse im Rahmen der bereits laufenden finanziellen Förderung queerer Organisationen im Jahr 2023 Beachtung finden.

Herr Tönnies entschuldigt sich für die Verwaltung. Er erklärt, dass er den Umstand schlicht und ergreifend übersehen habe, dass die Fördermittel erst Zug-um-Zug gegen eine Vorstellung der Antragsteller*innen in der Ausschusssitzung und einen sich daran anschließenden Beschluss des Ausschusses über die finanzielle Förderung für jeden Einzelfall hätten ausgezahlt werden sollen. Im Zusammenhang des bestehenden Zeitdrucks bei der Fördermittelvergabe bei gleichzeitiger Vakanz der für die Bewilligung zuständigen Sachbearbeitungsstelle habe er sich um die zügige Bescheidung der bereitgestellten Mittel bemüht. Der Vorsitzende und die Ausschussmitglieder bekunden Herrn Tönnies ihren Respekt für seine klaren Worte und nehmen die Entschuldigung an. Verschiedene Mitglieder des Ausschusses erklären weiter, dass Fehler immer passieren könnten.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden debattieren die Fraktionen darüber, wie der Beschlussvorschlag der Verwaltung im Lichte der Beschlusslage vom 19.01.2023 sinnvoll ergänzt bzw. geändert werden könnte.

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Tillmanns, dass die finanzielle Förderung der queeren Organisationen seitens der CDU weiter unterstützt werde. Er schlägt folgende Ergänzung des Beschlussvorschlags der Verwaltung vor:

1. Satz 1, Kenntnisnahme, wie ursprünglicher Beschlussvorschlag der Verwaltung.
2. Danach einfügen: *„Er beauftragt die Verwaltung kurzfristig Förderrichtlinien für die Vergabe zu entwickeln und diese dem Ausschuss zur Beschlussfassung ebenso vorzulegen wie die Förderanträge selbst. Auf den Beschluss des Ausschusses vom 19.01.2023 wird Bezug genommen.“*

Im Anschluss unterbricht der Vorsitzende die Sitzung für fünf Minuten, um den Ausschussmitgliedern der grün-roten Koalition die Möglichkeit geben, sich zum geänderten Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion zu beraten.

Als die Sitzung fortgesetzt wird, präsentiert Frau Koentges für die Koalition folgenden geänderten Beschlussvorschlag:

1. Satz 1, Kenntnisnahme, wie ursprünglicher Beschlussvorschlag der Verwaltung.
2. Danach neu einfügen: *„Er beauftragt die Verwaltung gemeinsam mit den Vereinen kurzfristig Förderkriterien für die Folgejahre zu entwickeln und dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen. Auf den Beschluss des Ausschusses vom 19.01.2023 wird Bezug genommen.“*

Herr Tillmanns lehnt diesen Vorschlag insoweit ab, als dass die Notwendigkeit im Ausschuss über jede Förderung eines Antrags einzeln zu entscheiden nicht darin enthalten sei.

Verwaltungsseitig sichert Herr Thomas zu, dass die Verwaltung sich in Zukunft strikt an die Vorgaben des Beschlusses vom 19.01.2023 halten werde.

Die Vertreter*innen der Koalition lenken ein und nehmen, wie von der CDU-Fraktion gewünscht, die Vorlage- und Beschlusspflicht für alle einzelnen Förderanträge in den Beschlusstext auf.

Am Ende der Debatte ergeht so einstimmig der folgende, geänderte Beschluss:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung gemeinsam mit den Vereinen für die Folgejahre kurzfristig geeignete Förderkriterien aufzustellen und diese dem Ausschuss ebenso zur Beschlussfassung vorzulegen wie zukünftige Förderanträge selbst. Auf den Beschluss des Ausschusses vom 19.01.2023 wird Bezug genommen. Die Verwaltung wird weiter berichten.

**zu 6 Stärkungspakt NRW, auch Ratsantrag 312/18 – Bedürftige Familien stärken:
Zuschussfonds für soziale Träger – der CDU-Fraktion und Ratsantrag 353/18 – Finanzielle Unterstützung des Projektes Querbeet der Grünen-Fraktion und der SPD-Fraktion
Vorlage: FB 45/0413/WP18**

Frau Koentges spricht die Finanzierung des Querbeet-Projekts im Haushaltsjahr 2024 an. Sie fragt den aktuellen Sachstand hinsichtlich einer möglichen finanziellen Beteiligung der StädteRegion Aachen ab. Frau van der Meulen fragt nach dem aktuellen Stand der Verausgabung der Fördergelder des Stärkungspaktes NRW durch die beiden beteiligten Fachbereiche „Wohnen, Soziales und Integration“ und „Kinder, Jugend und Schule“.

Herr Tönnies informiert, dass sich das städteregionale Jobcenter im Jahr 2024 aller Voraussicht nach komplett von der Finanzierung des Querbeet-Projekts zurückziehen werde. Er erklärt, dass die seitens des Jobcenters für 2023 erfolgten Kürzungen beim Querbeet-Projekt im Jahr 2023 einmalig mit den Mitteln des Stärkungspakts ausgeglichen werden konnten. Diese Möglichkeit bestehe im Jahr 2024 nicht mehr. Für das Haushaltsjahr 2024 habe die Verwaltung zurzeit Haushaltsmittel in Höhe von 10.000 Euro für „Querbeet“ eingeplant. Inwieweit die Politik über diesen Betrag hinaus gehen wolle, müsse die Politik im Rahmen der Haushaltsplanberatung 2024 entscheiden.

Im Anschluss gibt Herr Tönnies die tagesaktuell in der Stadt Aachen verausgabten Fördermittel aus dem Stärkungspakt NRW bekannt. Hinsichtlich der vom Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration bewirtschafteten Mittel berichtet Herr Tönnies: Voraussichtlich könne fast der gesamte zur Verfügung stehende Betrag in Höhe von rund 900.000 Euro eingesetzt werden. Die Finanzverwaltung gehe überdies von einer vollständigen Verausgabung der Fördermittel des Programms in Höhe von insgesamt 1,8 Mio. Euro in Aachen aus.

Herr Deumens dankt der Verwaltung für diese erfreulichen Zahlen. Danach wird einstimmig der folgende Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Die Ratsanträge 312/18 – Bedürftige Familien stärken: Zuschussfonds für soziale Träger – der CDU-Fraktion und 353/18 – Finanzielle Unterstützung des Projektes Querbeet der Grünen-Fraktion und der SPD-Fraktion gelten damit als behandelt.

**zu 7 Erweiterung des Kreises der Aachen-Pass-Berechtigten
Ratsantrag Nr. 332/18 der Fraktion Die Linke. „Kreis der Aachen-Pass-Empfänger*innen
erweitern“
Vorlage: FB 56/0315/WP18**

Der Vorsitzende, Vertreter*innen der Koalition und Herr Tillmans von der CDU-Fraktion, danken der Fachverwaltung für ihre schnelle und gründliche Arbeit.

Mitglieder der verschiedenen Fraktionen danken der Ratsfraktion „Die LINKE“ nochmals für ihren gelungenen Antrag.

In der Diskussion wird die Frage aufgeworfen, ob der Aachen-Pass und die Leistungen die vergünstigt in Anspruch genommen werden können, auch an den Bushaltestellen in Aachen beworben werden könne.

Frau Strack bittet die Verwaltung um die Recherche statistischer Zahlen zur Inanspruchnahme der Vergünstigungen des Aachen Passes durch Menschen mit Behinderungen. Außerdem schlägt Frau Strack die Erstellung einer Broschüre in leichter Sprache zum Thema „Aachen-Pass“ vor.

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, die Richtlinien für die Ausstellung des Aachen-Passes in der vorgelegten Fassung zu beschließen.

zu 8 Aktuelle Situation

a) bei den Leistungsempfänger*innen der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie den Leistungsempfänger*innen nach dem AsylbLG

b) in den Übergangsheimen

c) bezüglich der Herkunft der Flüchtlinge/Nationenstatistik

Vorlage: FB 56/0311/WP18

Die Ausschussmitglieder beschließen ohne vorherige Aussprache einstimmig und wie folgt:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 9 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Tönnes informiert die Ausschussmitglieder über die Änderung des Produktnamens 050501 (bisher: „Kommunales Integrationszentrum & Nadelfabrik“). In Folge der zum Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration verlagerten Zuständigkeit für das „Depot“ in der Talstraße, wird der Name des Produkts 050501 mit dem Haushaltsplanentwurf 2024 in „Int.beauftr., Int.zentr., NaFa & Depot“ geändert. Die darin enthaltenen Abkürzungen seien aus technischen Gründen (Zeichenbegrenzung) leider nicht zu vermeiden.

Außerdem berichtet Herr Tönnes, dass ganz aktuell der neue Leitfaden „Älter werden in Aachen“ der Leitstelle „Älter werden in Aachen“ erschienen ist.

**zu 10 Ratsantrag 382/18 der Fraktionen Grüne, CDU, SPD, Die Zukunft, Die Linke und FDP vom
20.09.2023 – Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zur Umsetzung des Projektes
„SW21“**

Vorlage: FB 56/0321/WP18

Frau Brammertz bringt ihre Dankbarkeit über die schnelle Verabschiedung des fraktionsübergreifenden Ratsantrags zum Ausdruck. Sie dankt insbesondere den Mitgliedern des Arbeitskreises Prostitution. Insgesamt lobt Frau Brammertz den gemeinsamen Antrag der Fraktionen als „Zeichen großer Anteilnahme und Menschlichkeit“ gegenüber den betroffenen Sexarbeiter*innen. Einstimmig beschließt der Ausschuss:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie beauftragt die Verwaltung, eine Machbarkeitsstudie zur Umsetzbarkeit des Projektes „SW21“ auf den Weg zu bringen sowie zu prüfen, ob Fördermittel zur Finanzierung der Studie beitragen können.

Ende des öffentlichen Sitzungsteils: 18:58 Uhr



Koordinationsstelle Kaiserplatz/ Östliche Innenstadt

Gemeinsam mehr erreichen

Quelle: OpenStreetMap

aachen.de/kaiserplatz





Koordinationsstelle Kaiserplatz/Östliche Innenstadt

Was tun wir?

Der Kaiserplatz ist seit Jahrzehnten ein bevorzugter Aufenthaltsort der Suchtszene, an dem sich auch niedrigschwellige Beratungs- und Versorgungsangebote für die betroffenen Menschen befinden. Es kommt dort immer wieder zu deutlichen Nutzungskonflikten. Infolge der Corona-Pandemie verstärkte sich die Belastungssituation für die Anliegenden, als Betreuungsangebote temporär ausgelagert wurden und bisherige Rückzugsräume wegfielen. Die Zunahme an Verunreinigungen, Belästigungen und anderen Delikten sowie zahlreiche Leerstände verschärfen die sozialen Problemlagen im Bereich rund um den Kaiserplatz deutlich. Mit der Einrichtung der Koordinationsstelle Kaiserplatz/Östliche Innenstadt soll sich dies ändern und gemeinsam mit allen Beteiligten eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität erwirkt werden.

Wer kann sich an die Koordinationsstelle wenden?

Alle Aachener Bürger*innen und Institutionen aus Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Soziales.

Mit welchen Anliegen?

Mit der Frage nach Information, Beratungs- und Vernetzungsbedarf, mit Ideen und Projekten rund um den Kaiserplatz.

Sie sind herzlich eingeladen, mitzuwirken!

Werden Sie Mitglied im Netzwerk Kaiserplatz/Östliche Innenstadt.

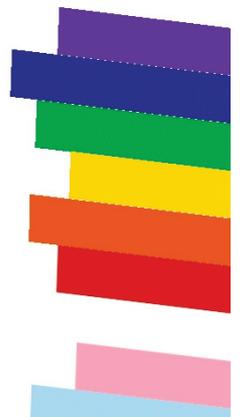
*Koordinationsstelle
Kaiserplatz/
Östliche Innenstadt
Frau Lauscher
Blondelstraße 9-21
52062 Aachen
Tel: 0241 432-7232
netzwerk-kaiserplatz@
mail.aachen.de*

*Sie haben ein Anliegen?
Vereinbaren Sie einen Termin!*

www.aachen.de/kaiserplatz

QUEERES LEBEN IN DER REGION AACHEN

Aufgaben und Ziele

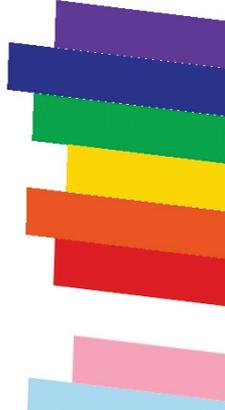


Wer sind wir?



Einige Daten

- 2008 Charta der Vielfalt
- Im Schnitt 7,4% LGBT  in Aachen 19-20.000 Menschen
- 2022 ca. 2.000 Teilnehmende am CSD statt der erwarteten 400
- 2023 mehr als 7.000 Teilnehmende am CSD



Vorstellung der einzelnen Gruppen

Aufklärung an
Schulen

Anlaufstelle 14-
27

Beratung und
Prävention

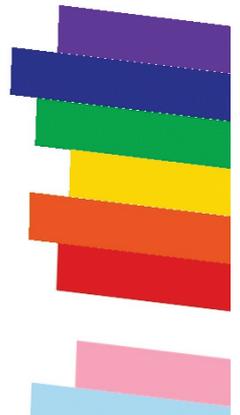
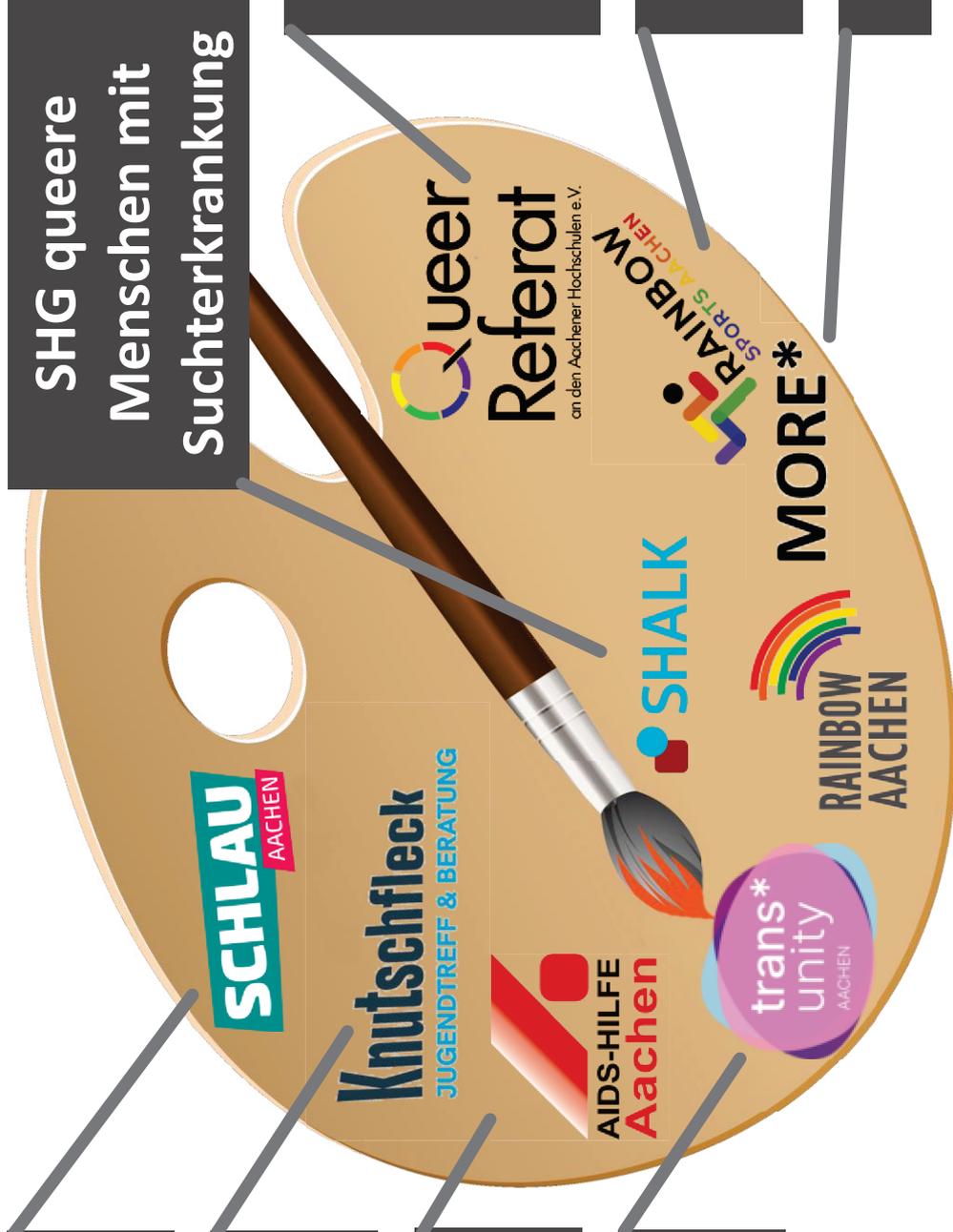
trans*
Selbsthilfegruppe

SHG queere
Menschen mit
Suchterkrankung

Anlaufstelle
Studierende und
junge
Erwachsene

Queere
Sportangebote

Wohngruppe

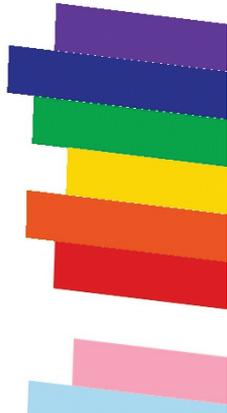


Projekte

Zeitschrift DiVA

- Etwa 50 Auslagestellen
- Auflage 2.500 Stück

25 von 31 in Zusammenstellung



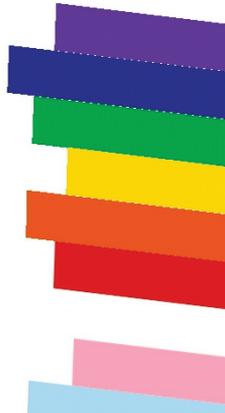
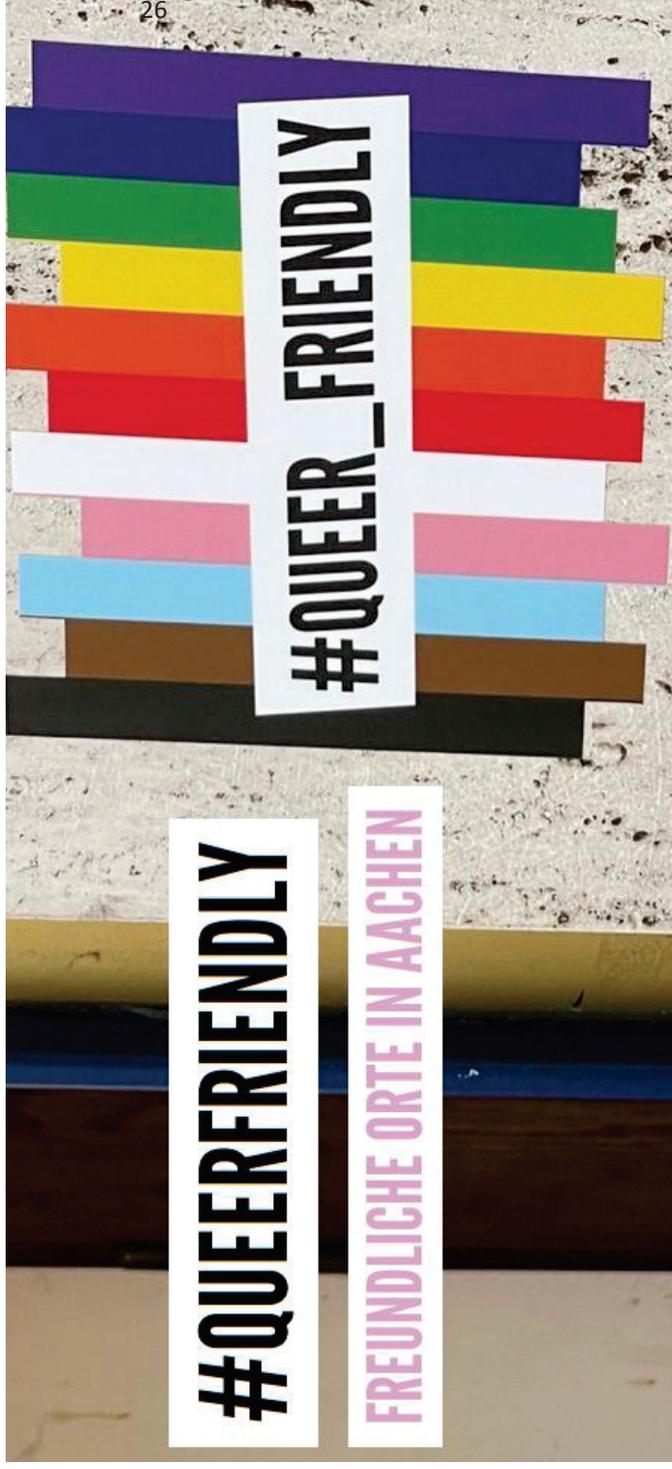
Projekte

Queerfriendly Places

• Kriterienkatalog

• Awareness-
Schulungen

26 von 31 in Zusammenstellung



Kooperationen

28 von 31 in Zusammenarbeit

„Um praxisnahe Beratungsangebote zur
Queerfreundlichkeit am Arbeitsplatz zu
entwickeln, brauchen wir oft selbst
Beratung - hier ist der Rainbow e. V. für
uns ein wertvoller und verlässlicher
Ansprechpartner.“



Industrie- und Handelskammer
Aachen



28



© IHK Aachen

8

Kooperationen

- Für mich eine Gelegenheit für
- Christliche Solidarität
- Aufarbeitung von Diskriminierung
- Entkräftung von Homophobie-Argumenten
- Aufklärung über neue kirchliche Grundordnung“



Bistum Aachen – AG Queer (QUIB)



© Bistum Aachen

Aufgaben und Ziele

- Sichtbarkeit der queeren Community als Teil der Stadtgesellschaft
- Anlaufstellen schaffen und erhalten
- Diskriminierung abbauen

⇨ Dauerhafte Sicherung der Finanzierung notwendig



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

